

# Schlamperei bei Umgehungs-Planung

## Innenministerium räumt Fehler in alten Unterlagen ein / Südwestumfahrung bleibt politisches Ziel

Von Silke Lode

**Olching/Gröbenzell ■ Am 10. April hat der Gröbenzeller Abgeordnete Martin Runge (Grüne) eine schriftliche Anfrage im Landtag zur Olchinger Südwestumgehung gestellt, nun ist die Antwort von Innenminister Joachim Herrmann da. Er weist alle Bedenken Runges zurück und erklärt, dass die Verwirklichung des Projekts „politisches Ziel der Bayerischen Staatsregierung“ ist.**



*Martin Runge (Grüne) kämpft weiter gegen die Olchinger Umgehung.* Foto: Günther Reger

Runge, der sich erwartungsgemäß mit der Antwort nicht zufrieden gibt, ärgerte sich am Mittwoch insbesondere über die Passage bezüglich des Mehrverkehrs, der auf Eichenau zukommen würde. Herrmann schreibt in seiner Antwort, dass ein entsprechendes Verkehrsgutachten zwar von einer Steigerung des Verkehrs Richtung Eichenau um 12 Prozent ausgehe, die neu ausgebaute Ortsdurchfahrt von Eichenau sei jedoch in der Lage, den zusätzlichen Verkehr aufzunehmen.

„Das ist der Hammer“, meint Runge, „da kann man doch nur alle Gemeinden warnen, Straßen auszubauen.“ Mit Blick auf Ol-

ching weist das Innenministerium Runges Zweifel an einer spürbaren Verkehrsentslastung zurück und beruft sich auf die Ergebnisse des Verkehrsgutachtens. Nicht erwähnt wird, dass der Gutachter im Anhörungsverfahren eingeräumt hat, dass Olchings Zentrum durch die Umgehung nicht entlastet wird. Während der Streit um die Verkehrszahlen schon länger

schwelt, ist die Ausführung Herrmanns zu den Kosten der Ausgleichsmaßnahmen überraschend. Runge hatte gefragt, warum diese zunächst mit 3,5 bis fünf Millionen Euro beziffert wurden, nun jedoch mit nur mehr 400 000 Euro veranschlagt werden. Herrmann erklärt nun, dass die Kosten deutlich gesenkt werden konnten, weil die geplante Trasse vom Starzelbach Richtung Westen verlegt wurde und die Ausgleichsflächen an anderen Standorten liegen. Deren Größe sei von 5,9 auf 3,5 Hektar reduziert worden. Bei den vormals genannten Kosten von 9,51 Millionen Mark (circa fünf Millionen Euro) handele es sich „um einen offensichtlichen Eingabefehler, auf dessen Korrektur verzichtet wurde“.

Interessant für die klamme Gemeinde ist außerdem die Frage nach den Kosten, die auf Olching zukommen würden. Eine Summe nennt das Innenministerium zwar nicht, verweist aber auf eine im Jahr 2005 zwischen der Gemeinde und dem Straßenbauamt geschlossene Vereinbarung zur Finanzierung der Ausgleichsflächen. Demnach muss Olching die Mehrkosten tragen, die sich aus der neuen

Trassenführung westlich des Starzelbachs gegenüber der östlichen Variante ergeben.

Kritik daran, dass die Pläne für die Umgehung nicht in Gröbenzell ausgelegt wurden, weist das Innenministerium zurück. Die Umgehung berühre Gröbenzell „weder unmittelbar noch mittelbar“. Runge hatte moniert, dass bei der Planung der Südwestumgehung wiederholt argumentiert werde, dass diese als Südostumgehung Richtung Gröbenzell weitergeführt werden soll. Nach Auffassung Runges und des Gröbenzeller Gemeinderats hätten die Nachbargemeinde deshalb beteiligt werden müssen. Inzwischen hat die Regierung von Oberbayern Gröbenzell die Unterlagen zukommen lassen, die Gemeinde kann bis zum 31. Mai Stellung nehmen. Eine öffentliche Auslegung hält Herrmann aber nicht für nötig.

Runge will sich von der fünfseitigen Antwort nicht abwimmeln lassen: „Das Spardiktat verschont niemanden, wir sollten nur realisieren, was sinnvoll ist und wo es großen Konsens gibt“, meint er und will „weiter nachbohren“. Auf welchem Weg, lässt Runge bislang offen.